



# Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 12/2010 • 18. Juni 2010

### Thema der Woche

---

#### **Jobcenter-Reform**

##### **Bundestag beschließt Verfassungsänderung für das „neue Jobcenter“**

Gestern haben die Debatten im Deutschen Bundestag mit der abschließenden Lesung des Gesetzentwurfes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende begonnen. Hintergrund: Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sieht zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Bildung von Arbeitsgemeinschaften aus den der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit sowie den jeweiligen Kommunen vor. Darin hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 20. Dezember 2007 eine unzulässige Form der Mischverwaltung gesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2010 einen verfassungskonformen Zustand herzustellen. Da sich die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Arbeitsgemeinschaften aber grundsätzlich bewährt hat, ist es das Ziel der Gesetzesinitiativen, die auch vom Bundesverfassungsgericht begrüßte Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand als Regelfall fortzuführen. Dafür ist eine Verfassungsänderung nötig geworden. Mit der jetzigen Jobcenter-Reform haben CDU und CSU zusammen mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen Handlungsfähigkeit für Reformen mit Perspektive bewiesen. Die Reform zum „Neuen Jobcenter“ ist das erste Kapitel der inhaltlichen und organisatorischen Runderneuerung der Grundsicherung, die bis zum Spätherbst vollendet sein wird. Die Koalition setzt damit Maßstäbe in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Durch das „Neue Jobcenter“ wird ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktpolitik zukunftssicher gestaltet, und zwar durch einen Reformprozess, der unter Führung der Union erfolgreich mit dem Koalitionspartner FDP sowie in einer zielorientierten und konstruktiven Weise auch mit der SPD und den Bundesländern umgesetzt wurde. Oberste Zielsetzung der Reform war, ist und bleibt, Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Beschäftigung zu führen! Dafür schafft die jetzige Reform mehrere wichtige Voraussetzungen: Zum einen wird die „Hilfe aus einer Hand“ mit der Grundge-

setz-Ergänzung endlich auf eine verfassungskonforme Basis gestellt, ohne dabei eine neue staatliche Ebene zu schaffen. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ zur optimalen Hilfe für die Menschen in der Grundsicherung kann nun effektiv und sehr bürgernah weitergeführt und auch weiterentwickelt werden. Alles andere als die Fortführung der „Hilfe aus einer Hand“ wäre ein fataler Rückschritt gewesen. Zum anderen werden die Jobcenter organisatorisch und inhaltlich neu aufgestellt. Ein zentraler Punkt ist das verstärkte Setzen auf die lokalen Kompetenzen vor Ort. Die Ausweitung der Wahlfreiheit für die sogenannten Optionskommunen von derzeit 69 um weitere 41 unterstreicht die „Kommunalkompetenz“, wie die Einführung von Zielvereinbarungen und auch eines einheitlichen Bewertungs- und Benchmarksystems. Dies alles fördert in den jeweiligen Jobcentern noch mehr Qualität und Effektivität, damit die betroffenen Menschen eine optimale Hilfestellung auf dem Weg aus der Erwerbslosigkeit erhalten. Dazu zählen auch die neuen Betreuungsschlüssel des Verhältnisses von Fallmanagern zu Hilfebedürftigen. Die Jobcenter-Reform bildet die strukturelle Basis für die inhaltliche Runderneuerung der Grundsicherung, die in den nächsten Monaten konsequent umgesetzt wird. Dazu zählen im Wesentlichen: Neue Regelungen des Hinzuverdienstes werden noch stärkere Anreize für Arbeit schaffen. Die Förderung von Kindern in der Grundsicherung wird neu geregelt, um ihnen bessere Bildungschancen zu geben. Auch die Regelsätze für Erwachsene müssen gemäß des Verfassungsgerichtsurteils neu überprüft werden. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden auf Effektivität, Notwendigkeit und Zielgenauigkeit überprüft und neu gefasst. Und schließlich werden mittel- und langfristigen Strategien entwickelt, um gerade Kindern aus sozial schwierigerem Umfeld den Aufstieg in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die jetzt eingeleitete Jobcenter-Reform ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer noch effektiveren Arbeitsmarktpolitik.

# Aus Plenum und Lobby

---

- **Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953**

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag zum 57. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR im Rahmen einer Gedenkstunde an den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert mahnte: „an die Opfer zu denken, die der Kampf um die Freiheit gefordert hat“. Der Deutsche Bundestag fühle sich dem Andenken an diejenigen verpflichtet, die in der DDR für Freiheit und Einheit Opfer gebracht hätten: "Wir alle sind gefordert, das Wissen um den Volksaufstand lebendig zu halten." Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt. Stattdessen wird die DDR von der Nachfolge-Partei der SED immer noch zu einem Sozialstaat verklärt, der – so heißt es im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms – nicht nur „die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen“, sondern auch „die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur“ sichergestellt haben soll. Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzähligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus. Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien, auch und gerade in NRW, in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann.

- **Entschädigung für SED-Opfer**

In der letzten Legislaturperiode hat die Union im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zum Opfer politischer Verfolgung wurden, eine Entschädigung erhalten. Der Staat würdigt seither den Widerstand ehemaliger politischer Häftlinge gegen die SED-Diktatur mit einer monatlichen Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro. Mit dem neuen Koalitionspartner können CDU und CSU nun das zugrundeliegende Gesetz

weiterentwickeln. Durch das „Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes“ werden wir insbesondere die Benachteiligung von Beziehern der SED-Opferpension mit Kindern beseitigen und die Berechnung der Mindesthaftdauer als Anspruchsvoraussetzung vereinheitlichen. Den Jahrestag des 17. Juni nahmen wir zum Anlass, das entsprechende Gesetz in dieser Sitzungswoche in erster Lesung zu beraten.

- **Keine Bundesbürgschaften für Opel**

In dieser Woche überraschte die Ankündigung des Opel-Mutterkonzerns, die Finanzierung des angeschlagenen Autobauers "intern zu regeln". Diese Entscheidung ist zu begrüßen, denn sie schafft Klarheit. Es ist zugleich ein Beleg dafür, dass trotz früherer Äußerungen, General Motors über hinreichend liquide Mittel verfügt. Allein im ersten Quartal dieses Jahres hat das Detroitener Unternehmen rund 865 Millionen US-Dollar erwirtschaftet. Auch war es GM möglich, die Kredite der amerikanischen und kanadischen Regierung vollständig zurückzuzahlen. Und auch der Börsengang ist in Vorbereitung. GM verfügt somit über ausreichende finanzielle Mittel, um die Restrukturierung Opels aus eigener Kraft zu bewältigen. General Motors hat mit seiner deutschen Tochter Opel eine lange Zeit gut verdient. Jetzt aber ist GM in der Pflicht, für seine Tochter einzustehen. Die unternehmerische Entscheidung zeigt, dass sich die Bundesregierung in der vergangenen Woche zu Recht gegen eine Bundesbürgschaft für Opel ausgesprochen hat, denn General Motors hat die finanziellen Mittel für eine Opel-Sanierung. Nach über eineinhalb Jahren Unsicherheit für die Beschäftigten der Traditionsmarke ist General Motors jetzt in der Pflicht, die volle und alleinige finanzielle Verantwortung für Opel zu übernehmen und der Ankündigung, trotz des Verzichtes auf Staatshilfe keine weiteren Stellen in Deutschland abzubauen, Taten folgen zu lassen.

# Daten und Fakten

---

- **Generationenbilanz**

Nach neuen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge beläuft sich die so genannte Nachhaltigkeitslücke der Bundesrepublik Deutschland auf knapp 8 Billionen Euro bzw. 315 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Nachhaltigkeitslücke setzt sich zusammen aus der bereits heute bestehenden sichtbaren oder expliziten Staatsschuld, die rund 1,7 Billionen Euro beträgt, und der sogenannten impliziten Schuld, in der alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, zusammengefasst werden. Sie macht heute 250 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.

(Quelle: Stiftung Marktwirtschaft)

- **Sparen hat Priorität**

Beim Abbau der Staatsverschuldung setzen die Bürger aufs Sparen. Vor die Wahl gestellt, ob der Staat lieber sparen und seine Ausgaben einschränken oder - etwa durch Steuererhöhungen - mehr Geld einnehmen sollte, entscheiden sich 73 Prozent der Bürger für größere Sparanstrengungen. Zugleich machen die Deutschen einen Mangel an Gerechtigkeit aus. 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass

die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns kaum oder gar nicht gerecht sind; 60 Prozent monieren, dass die Bundesrepublik den hier lebenden Menschen sehr unterschiedliche Chancen bietet; 59 Prozent kritisieren, dass es kaum oder keine Generationengerechtigkeit gibt. Auf die Frage, zu welchem Zweck der Staat ggf. Steuermehreinnahmen verwenden sollte, antworteten 63 Prozent der Befragten: höhere Bildungsausgaben. 62 Prozent der Bürger sprechen sich für den Schuldenabbau, 47 Prozent für eine Senkung der Sozialabgaben, 36 Prozent für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer und 31 Prozent für eine stärkere Unterstützung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen aus.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung und Institut für Demoskopie Allensbach)

- **Teuerungsrate weitgehend stabil**

Im Mai ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent gestiegen. Im März 2010 hatte die Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex bei +1,1 Prozent und im April 2010 bei +1,0 Prozent gelegen. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 Prozent wird damit weiterhin deutlich unterschritten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Zitat

«Die Umgangsformen müssen so werden, wie mein Sohn in der Schule erzogen wird, das heißt respektvoll.»  
(EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag über die schwarz-gelben Koalition)

# Wahlkreis-Terminvorschau

---

18.06.2010, 20.00 Uhr  
Wahlkreismitgliederversammlung WK 67  
Rotach-Halle Ailingen

25.06.2010, 9.30 Uhr  
OMIRA Gesellschafterversammlung  
Weingarten

27.06.2010, 11.00 Uhr  
Frühschoppen mit der CDU Bodnegg  
Bodnegg

28.06.2010, 9.00 Uhr  
Präsidiumssitzung der CDU Baden-Württemberg  
Stuttgart

28.06.-02.07.2010  
Sitzungswoche in Berlin

30.06.2010  
Wahl des Bundespräsidenten

05.07.-09.07.2010  
Sitzungswoche in Berlin



**Viel Spaß beim Spiel der deutschen Nationalmannschaft heute!**

## Impressum

---



Dr. Andreas Schockenhoff  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030/ 227-73174  
Fax 030/ 227-76955  
Email: [andreas.schockenhoff@bundestag.de](mailto:andreas.schockenhoff@bundestag.de)  
[www.schockenhoff.de](http://www.schockenhoff.de)